

INHALT

1. Land übernimmt HSH-Kredite
2. CDU: Fach- und Dienstaufsicht fanden vor Friesenhof-Skandal nicht statt
3. CDU wirbt für gemeinsame Formulierung der Befürworter eines Gottesbezuges
4. SPD, Grüne und SSW streichen Förderung der Krankenhaussanierung in Kommunen
5. CDU-Fraktion fordert mehr Stellen für den Landesrechnungshof
6. Studts Perspektivpapier für die Polizei ist im Haushalt nicht unterlegt
7. CDU-Kommunalpolitiker fordern rückwirkende Wohnsitzauflage für Flüchtlinge
8. CDU fordert stärkere grenzübergreifende Zusammenarbeit im Kampf gegen organisierte Kriminalität
9. CDU fordert höheren Stellenwert der Tourismuswirtschaft

01.07.2016

Land übernimmt HSH-Kredite Koch warnt vor zusätzlichen Risiken

Schleswig-Holstein hat gemeinsam mit Hamburg zum 01. Juli 2016 Schiffskredite der HSH für einen Preis von 2,4 Milliarden Euro übernommen. In den Büchern der Bank waren diese noch mit fünf Milliarden verzeichnet. Die Differenz wird mit der Garantie in Höhe von zehn Milliarden Euro verrechnet. Erstmals wird damit die Garantie tatsächlich belastet.

Die CDU-Fraktion hatte dieser Transaktion im Finanzausschuss nicht zugestimmt. Denn laut Finanzexperte Tobias Koch war zum Zeitpunkt der Übernahme der Kredite nicht klar, ob diese Lösung für den Steuerzahler tatsächlich noch am wenigsten Schaden bedeutet.

In dieser Woche nährten Finanzexperten daran weitere Zweifel. Darauf wies Koch in einer Pressemitteilung hin. Demnach wird auf Seite 120 des aktuellen Geschäftsberichts der Bank erstmals angedeutet, dass die komplette Garantie in Höhe von 10 Milliarden Euro in Anspruch genommen werden könnte. In Folge einer Überprüfung durch die EZB könnte noch im Laufe dieses Jahres eine Neubewertung des Verlustrisikos erforderlich sein.

Koch bemängelte, dass Finanzministerin Heinold die Parlamentarier vor der Abstimmung über

die Übernahme der Kredite über diese neuen Risiken nicht informiert habe. Er forderte eine Sondersitzung des Finanzausschusses.

„Frau Heinold muss deshalb im Ausschuss berichten, ob zumindest ihr zum Zeitpunkt der Entscheidung der Landesregierung, dem Parlament diesen Weg zu empfehlen, die weiteren Risiken im vollen Umfang bewusst waren. Die Gründe der Entscheidung für eine Übernahme der Kredite sind angesichts dieser neuen Informationen erklärungsbedürftig, denn laut Finanzexperten könnten diese schlimmstenfalls eine Abwicklung der Bank noch in diesem Jahr bedeuten“, so Koch.



Tobias Koch, finanzpolitischer Sprecher

CDU: Fach- und Dienstaufsicht fanden vor Friesenhof-Skandal nicht statt Abteilungsleiterin im Sozialministerium sagt im Untersuchungsausschuss aus

In dieser Woche sagte die für die Heimaufsicht zuständige Abteilungsleiterin vor dem Friesenhof-Untersuchungsausschuss aus. Der Name „Friesenhof“ sei ihr bis kurz vor der Schließung der Mädchenheime nicht bekannt gewesen. Sie habe nur wenige besondere Vorkommnisse - etwa einen Beschwerdebrief zweier Mädchen - gekannt.

Die Obfrau der CDU-Fraktion, Katja Rathje-Hoffmann, zeigte sich von den Aussagen erschüttert. „Vor dem Friesenhof-Skandal fanden Fach- und Dienstaufsicht in der Heimaufsicht nicht statt. Anders ist nicht zu erklären, dass die zuständige Abteilungsleiterin selbst von Auflagen, Klagen und Klagerücknahmen nichts mitbekommen haben will“.

Das Ausmaß der unterlassenen Dienstaufsicht werde besonders deutlich, wenn die nach dem Bekanntwerden des Friesenhof-Skandals vorgenommenen Änderungen in der Dienstaufsicht betrachtet werden. „Nach dem Friesenhof-Skandal wurde eine Kette von Selbstverständlichkeiten eingeführt. Diese kamen erstmals bei den Ereignissen um die gerade erfolgte Schließung der Einrichtung in Dithmarschen zum Tragen. Es ist und bleibt unglaublich, wie weit unterhalb der Standards die schleswig-holsteinische Heimaufsicht bis dahin gearbeitet hat“, so die CDU-Abgeordnete.

So habe es keine systematische Aufbereitung der Vorkommnisse in Einrichtungen und auch kein Monitoring für Besondere Vorkommnisse gegeben. Auch die Dokumentation der Qualität der Träger sei erst nach dem Friesenhof begonnen worden. Die Kommunikation mit freien Trägern sei ebenso überarbeitet worden, wie die Berichtswege innerhalb des Ministeriums. Erst jetzt gebe es eine Supervision für Mitarbeiter der Heimaufsicht. Die Bearbeitung der Kinder-

und Jugendeinrichtungsverordnung sei immer noch nicht abgeschlossen, werde nun jedoch immerhin voran gebracht. Und ein Jour Fixe zwischen Abteilungsleitung und Hausspitze sei ebenfalls neu eingeführt worden.

„Diese Vielzahl an Neuerungen zeigt, was alles falsch gelaufen ist. Sie ist das Eingeständnis, dass viel zu wenig für den Schutz der Kinder und Jugendlichen getan wurde“, so Rathje-Hoffmann.



Katja Rathje-Hoffmann, CDU-Obfrau

CDU wirbt für gemeinsame Formulierung der Befürworter eines Gottesbezuges Vorschlag von Stegner ist für CDU-Abgeordnete nicht zustimmungsfähig



Daniel Günther, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion

Der Vorsitzende und religionspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Daniel Günther, hat in der Debatte über einen Gottesbezug in der Präambel der Landesverfassung für eine gemeinsame Formulierung der Befürworter geworben.

„Jeder neue Vorschlag gibt weitere Anregungen. Allerdings sorgt auch jeder neue Vorschlag dafür, dass die Zahl der Stimmen für jede einzelne Formulierung kleiner wird. Und wir brauchen eine Zweidrittel-Mehrheit, um die Verfassung zu ändern. Deshalb werbe ich dafür, dass sich die Befürworter auf eine gemeinsame Formulierung einigen“, erklärte Günther.

Daher habe seine Fraktion bewusst darauf verzichtet, einen weiteren eigenen Vorschlag einzureichen. Er habe in den vergangenen Wochen zahlreiche Gespräche geführt. Der vor zwei Wochen von Ralf Stegner und Martin Habersaat eingebrachte Vorschlag sei so nicht zustimmungsfähig. Über die Aufnahme der Menschenrechte in die Präambel habe bei der Verabschiedung der Verfassung breiter Konsens bestanden. „Sie nun im Zuge der Aufnahme des Gottesbezuges zu streichen, halten wir für grundfalsch. Zudem verträgt es sich nicht mit der Grundintention, den Gottesbezug von der Demutsformel zu trennen“, so Günther.

Die CDU-Abgeordneten würden jedoch anerkennen, dass die Formulierung von Stegner/Habersaat stringenter und verständlicher sei. „Sie kann daher Grundlage für die weiteren Beratungen sein“.

SPD, Grüne und SSW streichen Förderung der Krankenhaussanierung in Kommunen CDU: Landesregierung sind Dämmplatten wichtiger als Krankenhäuser



Petra Nicolaisen, innenpolitische Sprecherin

Die in der vergangenen Woche bekannt gewordenen Pläne der Landesregierung, die Kommunen zur millionenschweren Sanierung ihrer Krankenhäuser zu zwingen, erhitzen weiter die Gemüter. Insbesondere Konsolidierungskommunen – denen die Landesregierung ausdrücklich finanzielle Not bestätigt hat – erwägen sogar den Gang vor Gericht. Sie sehen sich nicht in der Lage, die im Krankenhausfinanzierungsgesetz des Landes festgelegte hälftige Übernahme der Sanierungskosten zu stemmen.

Von den Regierungsfractionen erhielt die Regierung in dieser Woche Rückendeckung: Im Finanzausschuss lehnten SPD, Grüne und SSW einen Antrag der CDU-Fraktion (Link siehe unten) ab, der die Förderung der Krankenhaussanierung – wie im Bundesgesetz vorgesehen – über den Kommunalen Investitionsfonds des Bundes ermöglicht hätte. Das hätte eine Förderung von bis zu 90 Prozent bedeutet. Die Landesregierung hatte in ihrer Richtlinie zur Umsetzung des 99,5-Millionen-Euro Paketes diesen Förderzweck nicht aufgeführt. Nicht einmal die ebenfalls von der CDU vorgeschlagene Stundung der kommunalen Anteile wollten SPD, Grüne und SSW mitmachen.

„Die Regierungsfractionen haben heute die Chance verpasst, für eine schnelle Sanierung der Krankenhäuser in Schleswig-Holstein zu sorgen. SPD, Grüne und SSW fahren die Krankenhausfinanzierung bewusst gegen die Wand“, so Koch.

Bereits am Mittwoch hatte die CDU-Kommunalpolitikerin Petra Nicolaisen die Förderpraxis

des Landes kritisiert. Anders als vom Bund vorgesehen förderten SPD, Grüne und SSW mit den fast 100 Millionen Euro ausschließlich die energetische Sanierung von Schulen und KiTas. „Auch für unsere Schulen ist eine Breitbandversorgung wichtiger als Dämmplatten. Und die Kommunen brauchen sanierte Krankenhäuser dringender als Pelletheizungen in Schulwohnheimen“, sagte Nicolaisen in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem CDU-Landesvorsitzenden Ingbert Liebing anlässlich einer Tagung der Kommunalpolitiker aller CDU/CSU-Fraktionen aus Bund und Ländern in Kiel.

Link zur Drucksache:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3800/drucksache-18-3808.pdf>

CDU-Fraktion fordert mehr Stellen für den Landesrechnungshof Überprüfung der Eingliederungshilfe hat faktisch nicht stattgefunden

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Daniel Günther, hat in dieser Woche in Folge der Einführung des Prüfungsrechtes bei der Verwendung der Eingliederungshilfe zusätzliche Stellen für den Landesrechnungshof gefordert. Die SPD-Fraktion hatte bis zuletzt das Prüfungsrecht mit der Begründung blockiert, die Kommunen würden dieses in ausreichender Weise vornehmen.

Ein Bericht des SHZ stellte die Situation allerdings anders dar: Demnach wurden durch die für diese Prüfungen zuständige „Koordinierungsstelle Soziale Hilfen“ (KoSoz) seit 2010 gerade einmal 13 der über 1400 Einrichtungen der Eingliederungshilfe geprüft. Ergebnis: Finanzielle Schäden für die Sozialhilfeträger in Höhe von 1,4 Millionen Euro.

Günther sprach nach diesen Meldungen von einer immer deutlicher werdenden Notwendigkeit jahrelanger Nachprüfungen. Die CDU-Fraktion werde zum Haushalt 2017 entsprechende Anträge für zusätzliche Stellen beim Rechnungshof stellen. Er hoffe auf eine Zustimmung der Regierungsfaktionen. „Die heutige Berichterstattung zeigt mehr als deutlich, dass durch eine stringente Prüfung ohne jegliche Einbußen an Qualität für die Betroffenen jährliche Rückforderungen in Millionenhöhe zu erwarten sind“, so Günther.

Es werde immer deutlicher, wie weit an den Haaren herbeigezogen die Begründung für die fortgesetzte Weigerung der SPD, ein Prüfungsrecht der Landesrechnungshofes zu ermöglichen, gewesen sei. Die Kommunen hätten gar nicht die notwendigen Kapazitäten für effektive Prüfungen gehabt.

Flankierend zum Stellenaufbau beim Landesrechnungshof müsse deshalb endlich eine arbeitsfähige Prüfstruktur bei der KoSoZ aufgebaut werden. „Die dafür bereitgestellten Mittel in Höhe von 1,5 Millionen Euro sind immer noch nicht abgerufen worden. Das zeigt, wie sehr der Prozess stockt“, so Günther.

Studts Perspektivpapier für die Polizei ist im Haushalt nicht unterlegt Bernstein: Mit diesem schwachen Innenminister hat die Polizei keine Perspektiven

In dieser Woche gestand Innenminister Studt ein, dass er sein im Februar veröffentlichtes Perspektivpapier für die Polizei nicht umsetzen kann. Laut Medienberichten scheiterte er damit bereits im Kabinett. Er hatte zahlreiche Verbesserungen für die Beamtinnen und Beamten angekündigt. Neben einer Personalaufstockung stellte er Arbeitszeitverkürzungen für Beamte im Schichtdienst und bessere Beförderungschancen in Aussicht. Nun bat er in einem Schreiben

an die Polizisten um Geduld. Die Gewerkschaft der Polizei hatte zuvor in einem Brandbrief an Ministerpräsident Albig bemängelt, dass die versprochenen Entlastungen zum Teil nicht im aktuellen Haushaltsentwurf ausgewiesen sind. Davon solle sich laut Studt jedoch niemand beunruhigen lassen. Die von ihm in einem Perspektivpapier im Februar fixierten Verbesserungen seien notwendig. „Was und wann ich am Ende in politischen Beratungen davon durchsetzen kann, bleibt abzuwarten,“ so der Minister laut Medienberichten in dem Schreiben.

„Sollen die Polizisten beim nächsten Einsatz auch sagen, was sie machen würden, wenn sie Zeit und Mittel dafür hätten? Das ist doch lächerlich. Studts Eingeständnis bedeutet nichts anderes, als dass die Polizei mit diesem schwachen Innenminister keine Perspektiven hat“, erklärte der polizeipolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Dr. Axel Bernstein, dazu in Kiel.

In der von ihm im Februar selbst initiierten Medienberichterstattung über das Papier habe Studt nicht davon gesprochen, dass es nur um einen Wunschzettel gehe, der auf keinen Fall in dieser Legislaturperiode erfüllt werde. „Studt ging es ausschließlich um positive Schlagzeilen. Die Entlastung der Beamten hat ihn nicht interessiert. Sonst hätte er das präsentiert, was er tatsächlich umsetzen kann“, so Bernstein.



Dr. Axel Bernstein, polizeipolitischer Sprecher

CDU-Kommunalpolitiker fordern rückwirkende Wohnsitzauflage für Flüchtlinge **Tagung der kommunalpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen in Kiel**

Die Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion traf sich in dieser Woche mit den kommunalpolitischen Sprechern der CDU/CSU-Fraktionen zu einer Klausur in Kiel. Neben der Verwendung vom Bund für die Kommunen bereit gestellter Fördermittel war vor allem die Integration von Flüchtlingen Thema. Natürlich spielten auch dabei die Finanzen eine Rolle. Die Bereitschaft des Bundes, die flüchtlingsbedingten Mehrausgaben bei den Kosten der Unterkunft zu übernehmen, sei ein wichtiges und richtiges Signal an die Kommunen. „Wichtig ist, dass diese Bundesmittel ungekürzt und zusätzlich bei den Kommunen ankommen“, erklärte der Leiter der AG, Ingbert Liebing, nach der Sitzung in einer Pressekonferenz.

Das Integrationsgesetz, in dem der Bund klare Regeln für anerkannte Flüchtlinge benennt, um diese schneller in die Gesellschaft integrieren zu können, sei aus Sicht der Kommunen zu begrüßen. Zentrales Instrument für ein Gelingen der Integration sei die Wohnsitzauflage. Wichtig sei, dass nach Beschlussfassung dieses Instruments auf Bundesebene eine Umsetzung durch die Bundesländer erfolge und nicht blockiert werde. Aus Sicht der

CDU-Kommunalpolitiker solle die Wohnsitzauflage sogar rückwirkend zum 01. Januar 2016 eingeführt werden.

Im Hinblick auf die von der unionsgeführten Bundesregierung vorgesehene Entlastung der Kommunen von fünf Milliarden Euro ab dem Jahr 2018 kritisierten die Kommunalpolitiker, dass die Verteilung nicht in voller Höhe an die Kommunen erfolgen soll. Die Ministerpräsidenten hatten durchgesetzt, dass eine der fünf Milliarden Euro Kommunalentlastung als Umsatzsteuerpunkte an die Bundesländer gehen wird. „Die Länder stehen jetzt in der Pflicht, ihre am 16. Juni 2016 gegenüber der Bundesregierung gegebene Zusage einzuhalten, dass auch die über die Landeshaushalte verteilte eine Milliarde Euro ungekürzt und zusätzlich an die Kommunen weitergeleitet wird“, forderte Liebing.



Pressekonferenz der kommunalpolitischen Sprecher

CDU fordert stärkere grenzübergreifende Zusammenarbeit im Kampf gegen organisierte Kriminalität Europa- und Innenpolitiker zum Informationsbesuch beim "Gemeinsamen Zentrum Padborg"



Foto: Herr Thomsen (Koordinator), Abge. Damerow, Lehnert, Nicolaisen und Herr Prieß (Bundespolizei)

Mitglieder der CDU-Fraktionsarbeitskreise Europa- und Innen- und Rechtspolitik besuchten unter Leitung der europapolitischen Sprecherin Astrid Damerow am vergangenen Montag (27. Juni 2016) das "Gemeinsame Zentrum der deutsch-dänischen Polizei- und Zollzusammenarbeit" in Padborg.

Der Koordinator für die grenzübergreifende Zusammenarbeit Hans-Joachim Thomsen von der Polizeidirektion Flensburg nutzte die Gelegenheit, um die umfangreiche Arbeit und die Möglichkeiten dieser Einsatzstelle darzustellen. Durch das Schengenabkommen der EU, dass zur Abschaffung der Grenzkontrollen führte, wurde es notwendig in vielen länderübergreifenden Abwicklungen zu neuen Formen der Kooperation zu kommen. Seit 2011 wurde diese Kooperation im "Gemeinsamen Zentrum von Zoll und Polizei" zusammengefasst.

Auf deutscher Seite sind Vertreter von Bundespolizei, Landeskriminalamt, Landespolizei und Zoll auf der dänischen Seite von Polizei und Zoll vertreten. Von Fragen zu Kfz-Halterfeststellungen bis zur Erstellung von Kriminalitätslagebildern im Grenzraum reicht die Aufgabenpalette. Zudem sieht sich das Gemeinsame Zentrum auch als Motor und Impulsgeber für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Die Abgeordneten nahmen interessiert die aktuelle Lage zu den dänischen Grenzkontrollen und der Flüchtlingssituation zur Kenntnis. Astrid Damerow und die innenpolitische Sprecherin Petra Nicolaisen halten das "Gemeinsame Zentrum" für einen wichtigen Beitrag zur länderübergreifenden Kooperation. "Die länderübergreifende Kooperation lässt sich sicher im Interesse beider Länder noch ausbauen. Beispielsweise wird die Zusammenarbeit beim Kampf gegen organisierte Kriminalität, die zunehmend grenzübergreifend ist, immer wichtiger."

CDU fordert höheren Stellenwert der Tourismuswirtschaft **Callen: Touristische Infrastruktur braucht mehr Investitionen**



Johannes Callen, wirtschaftspolitischer Sprecher

Im Rahmen eines Gespräches mit dem Tourismusverband Schleswig-Holstein haben Wirtschaftspolitiker der CDU-Fraktion einen höheren Stellenwert des Tourismus in der Gesamtstrategie des Landes gefordert.

„Der Tourismus ist für Schleswig-Holstein ein Top-Wirtschaftsfaktor. Damit das so bleibt, muss Schleswig-Holstein mehr in die touristische Infrastruktur investieren. Denn Schleswig-Holstein wird ohne moderne Infrastruktur nicht vom touristischen Wachstum profitieren können, erklärte CDU-Wirtschaftsexperte Johannes Callen in Kiel.

Nach Angaben des TVSH, vertreten durch Geschäftsführerin Frau Dr. Homp zeichnen sich für Schleswig-Holstein insgesamt steigende Gästezahlen ab. Allerdings bleiben diese nicht mehr

so lang. Das Angebot müsse daher den veränderten Kundenverhalten angepasst werden.

Hartmut Hamerich, der tourismuspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, forderte eine Umsetzung der Tourismusstrategie 2025. „Gleichzeitig muss aber auch der Stellenwert des Tourismus in der Gesamtstrategie des Landes gestärkt werden. Das ist eine ressortübergreifende Querschnittsaufgabe“, so Hamerich.

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de